

CONFLICTA SPOTLIGHTS ... AUS DEM KONFLIKTMONITOR

MEHR STREITEN? ÜBER WAS? KONFLIKTWAHRNEHMUNGEN UND MEINUNGEN ZUR DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND. VORABERGEBNISSE AUS DEM KONFLIKTMONITOR FÜR DEUTSCHLAND

Andreas Zick, Dirk Lampe, Anna Christina Nowak und Jonas Rees

Worüber sollte Deutschland (wirklich) streiten?

Polarisierungen, hitzige politische Debatten, gegenseitige Vorwürfe und populistische Aufheizungen von Themen prägen die Auseinandersetzungen und Konflikte nicht nur an Stammtischen, in Online-Foren und auf Marktplätzen, sondern auch in den deutschen Parlamenten. Wahlkampfzeiten sind traditionell Zeiten der Betonung von Interessengegensätzen und Unterschieden in Werten und Normen, allerdings scheinen die Konflikte auch im gegenwärtigen Bundestagswahlkampf fast nur noch geprägt vom Themenkomplex Migration, Asyl, Kriminalität und innere Sicherheit. Vorhaltungen prägen den politischen Konflikt der Parteien der Mitte und zugleich scheint es, dass der neue globale Populismus die Meinungshoheit über Konfliktthemen auch in Deutschland zunehmend gewinnt. Demokratien werden instabil, wenn Menschen das Vertrauen in die Konfliktlösungskompetenzen von Staat und Gesellschaft und somit auch in die Demokratie selbst verlieren. Werden Konflikte um den Preis der Beschädigung des politischen Gegners oder der Herabwürdigung von Gruppen gelöst, um Meinungshoheit zu gewinnen, dann haben sie das Potenzial, das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen weiter einbrechen zu lassen. Umso mehr kommt es darauf an, zu wissen, welche Konflikte Menschen in Deutschland wahrnehmen, gelöst sehen möchten und

worin sie die Ursachen für diese Konflikte sehen. Die Konfliktakademie „ConflictA“ an der Universität Bielefeld hat dazu den Konfliktmonitor (Box 1) entwickelt. Er wird in den kommenden Jahren auf der Grundlage einer Serie von Studien über Konfliktwahrnehmungen und Lösungsvorschläge berichten. Anlässlich der Bundestagswahl und der damit verbundenen Kontroversen und Polarisierungen werden mit dem vorliegenden Bericht erste Ergebnisse einer Online-Befragung von 2.900 Bürger*innen vorgestellt (Box 2). Die Umfrage wurde vom 21. November bis 12. Dezember 2024 durchgeführt, also unmittelbar nach dem Bruch der Ampelkoalition und im beginnenden Bundestagswahlkampf.

Zwischen Demokratieorientierung und Konfliktpessimismus

Der allgemeinen Einschätzung „Konflikte sind in einer demokratischen Gesellschaft etwas völlig Normales und gehören zu einer funktionierenden Gesellschaft dazu“ stimmt eine Mehrheit von 66 Prozent der Befragten zu; 6 Prozent lehnen die Aussage ab, 27 Prozent meinen „teils-teils“. Sie folgen damit dem Modell einer Demokratie, die letztendlich auf der Aushandlung von mehr oder weniger unvereinbaren Interessen, Werten, Normen und Vorstellungen basiert, aber auf das immer wieder neue Finden von Konsensen und Kompromissen ausgerichtet ist.

CONFLICTA

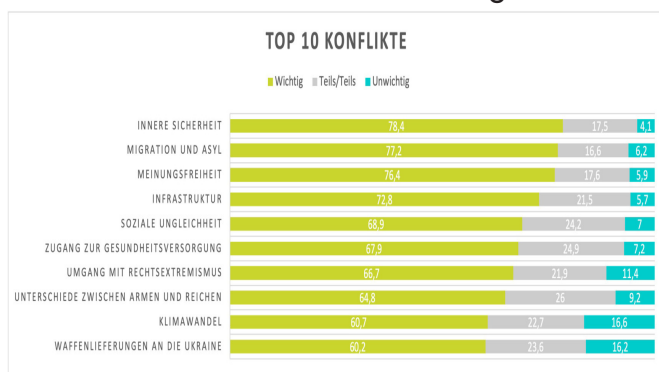
Allerdings kam ein Großteil von 82 Prozent auch zu der Einschätzung, dass gesellschaftliche Konflikte in Deutschland derzeit zunehmen; 2 Prozent meinen das nicht, 16 Prozent glauben, es gäbe "gleich viele Konflikte" wie in der Vergangenheit. Etwa drei Viertel (73 %) äußerten zudem die Ansicht, dass es aktuell nicht mehr gelinge, all diese Konflikte zu bearbeiten und zu einer guten Lösung zu führen; 5 Prozent gehen von besseren Konfliktlösungen als in der Vergangenheit aus und 22 Prozent sehen hier keine Unterschiede im Vergleich zur Vergangenheit.

Das bewegt Deutschland: Die wichtigsten Konflikte in Deutschland

Welche Konflikte bewegen die Menschen und welche erachten sie als besonders wichtig? Den Befragten des Konfliktmonitors wurde zu 23 zentralen gesellschaftlichen Konfliktthemen¹ die Frage gestellt: Wie wichtig finden Sie es persönlich, dass es zu dem jeweiligen Thema eine gesellschaftliche Auseinandersetzung gibt?

Die zehn wichtigsten Konfliktthemen sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Es ist dabei jeweils der prozentuale Anteil Befragter angegeben, die das betreffende Konfliktfeld als wichtig (Antwortkategorien "sehr wichtig" oder "eher wichtig"), "teils/teils" oder unwichtig (Antwortkategorien "eher unwichtig" oder "unwichtig") einschätzen.

Gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Fra-



¹ Die vollständige Liste lautet: Ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft, Mangel an klaren Leitbildern für Werte und Ordnung, Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen und Religionen, Egoismus und fehlende Solidarität, Inkompetenz von Parteien und Politikern, Fehlende Aufstiegschancen, Einfluss digitaler Medien und Social Media, Populismus und Extremismus, Ausbleibendes Wirtschaftswachstum, Globale Krisen, die sich hier auswirken, Mangelndes Interesse der Eliten an den Bedürfnissen der kleinen Leute, Fehlender Zusammenhalt aller, Mangelnde Kooperation in der Regierung, Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, Strukturprobleme vor Ort (Verkehr, Infrastruktur etc.), Unterschiedliche Interessen von Jungen und Alten, Einflüsse durch andere Regierungen und Länder, Überregulierung durch zu viel Verwaltung und Bürokratie. Einseitige Medienberichterstattung.

² Die Partei "Die Linke" fällt unter "andere Parteien" und findet zum Zeitpunkt der Befragung (Ende 2024) auch in Wahlumfragen weniger Zuspruch als im Februar 2025.

gen der inneren Sicherheit (78 %) und der Migration (77 %) erscheinen den Befragten am wichtigsten. Allerdings zeigt die Abfrage auch, dass sich das Interesse der Befragten darin nicht erschöpft. Vielmehr werden Konflikte um die Meinungsfreiheit (76 %) und den Zustand der öffentlichen Infrastruktur (73 %) als fast ebenso bedeutsam eingeschätzt. Sozialpolitische Fragen spielen für viele ebenfalls eine große Rolle und rund zwei Drittel erachten Auseinandersetzungen um die Themen soziale Ungleichheit (69 %), Zugang zur Gesundheitsversorgung (68 %) und die Unterschiede zwischen Armen und Reichen (65 %) als relevant. Der Umgang mit Rechtsextremismus (67 %), der Klimawandel (61 %) und Waffenlieferungen an die Ukraine (60 %) sind weitere Konfliktthemen, die den Befragten wichtig sind.

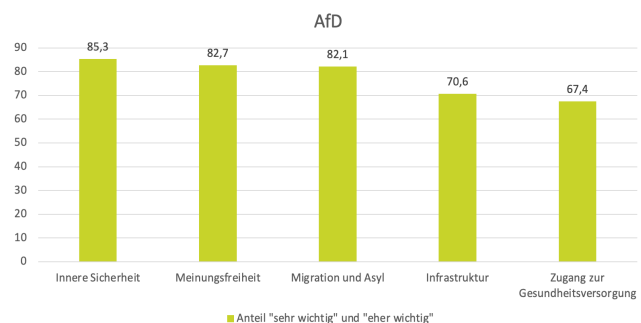
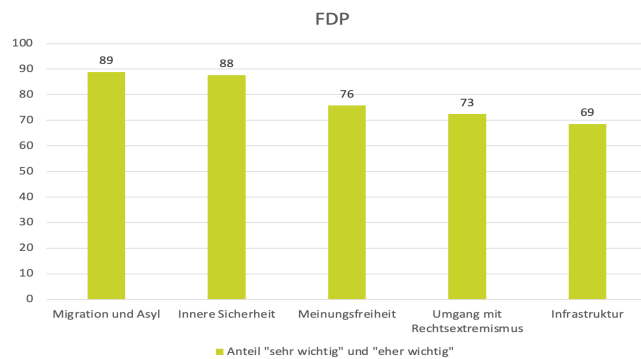
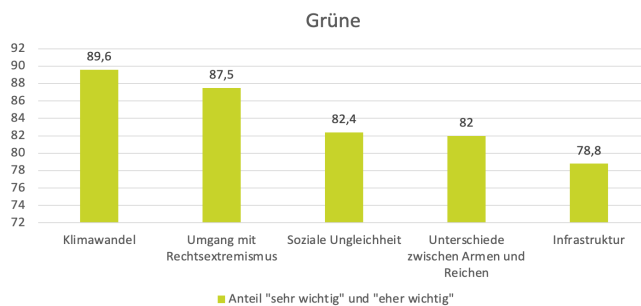
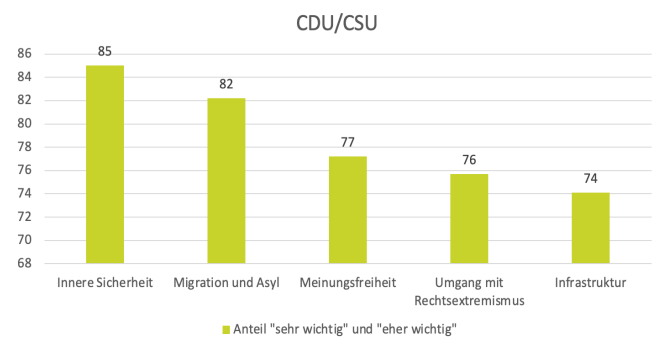
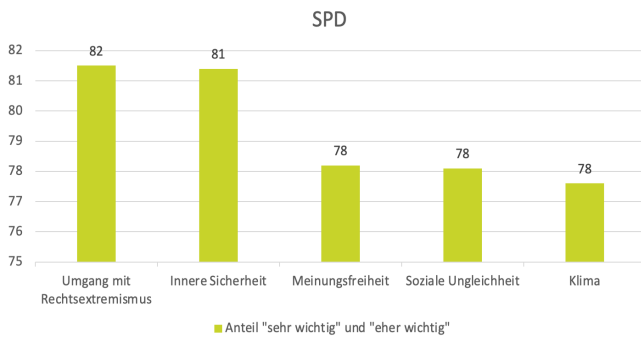
Andere in der Vergangenheit als polarisierend beschriebene Konfliktfelder wie der Umgang mit den Folgen der Corona-Pandemie (39 %), Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (37 %) oder die Auseinandersetzungen um gendergerechte Sprache (20 %) bewegen zwar weiterhin einen relevanten Teil der Befragten, scheinen im Vergleich jedoch eine eher untergeordnete Rolle zu spielen.

Die politische Position bestimmt die Wahrnehmung von Konflikten in Deutschland

Unter den Befragten gaben 25 % an, die CDU/CSU wählen zu wollen. Insgesamt 16 % präferierten die SPD, 17 % die AfD, 11 % Bündnis90/die Grünen, 8 % BSW, 4 % die FDP. 6 % gaben eine andere Partei an und 10 % der Teilnehmenden wollten zum Zeitpunkt der Befragung nicht wählen gehen.²

Zwischen den Wähler*innengruppen gibt es auffällige Ähnlichkeiten in der Frage, welche Konfliktthemen sie am stärksten bewegen. CDU/CSU-Wähler*innen haben ein ähnliches Profil in der Konfliktwahrnehmung wie jene der FDP. Für die

CONFLICTA



Wähler*innen beider Parteien stellen Konflikte um innere Sicherheit, Migration und Asyl, Meinungsfreiheit und Infrastruktur zentrale Gegenstände der politischen Auseinandersetzung dar. Ähnliche Schwerpunkte setzen auch Wähler*innen der AfD, die jedoch im Gegensatz zu Wähler*innen der FDP und der CDU/CSU das Themenfeld Rechtsextremismus für eher wenig relevant erachten (34 % "sehr"

und "eher wichtig") und sich hierüber auch weniger gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Debatten wünschen. Auch außerhalb der in den Tabellen abgebildeten fünf wichtigsten Konflikte unterscheiden sich Wähler*innen der Unionsparteien, FDP und AfD. So erachten Christdemokrat*innen und Liberale mehrheitlich die Diskriminierung von Minderheiten (58 % CDU/CSU; 59 % FDP), den Klimawandel (62 % CDU/CSU; 55 % FDP) oder den Umgang mit Antisemitismus (64 % CDU/CSU; 58 % FDP) als wichtige zu adressierende politische Konflikte. Wähler*innen der AfD wiederum halten diese in der Mehrzahl für eher unwichtige Themen: Lediglich 33 Prozent sehen Auseinandersetzung um die Themen Diskriminierung von Minderheiten, 29 Prozent den Klimawandel und 36 Prozent Antisemitismus als relevante Konfliktfelder an. Wähler*innen der AfD sind allerdings die einzige Gruppe, die mehrheitlich (52 %) die Aufarbeitung der Corona Pandemie als ein wichtiges politisches Konfliktfeld wahrnimmt. Überraschenderweise - zumindest mit Blick auf Parteiprogrammatik - spielt dieses Thema auch für die Wähler*innen des BSW (28 %) keine große Rolle.

Andere thematische Schwerpunkte lassen sich bei Wähler*innen von Bündnis90/Die Grünen und der SPD finden. Für Grünen-Wähler*innen sind der Umgang mit dem Klimawandel (90 %), Rechtsextremismus (88 %) und soziale Ungleichheit (83 %) sowie Unterschiede zwischen Armen und Reichen (82 %) zentrale gesellschaftliche Konfliktfelder. Auch infrastrukturelle Probleme (79 %) werden als wichtiger erachtet als von Wähler*innen aller anderen Parteien. Migration und Asyl sind für drei Viertel der Wählerschaft der Grünen ein relevantes Thema, schaffen es damit aber nicht unter die fünf von ihnen als die wichtigsten benannten Konfliktthemen. Eine Besonderheit dieser Wählergruppe ist zudem,

CONFLICTA

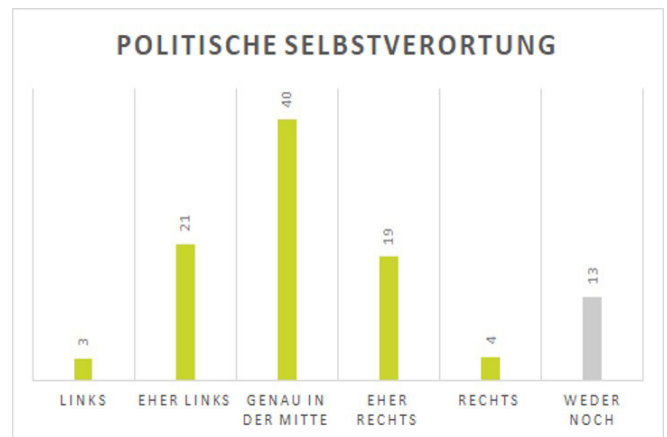
dass sie die Verkehrswende mit 75 Prozent als vergleichsweise bedeutsam ansehen; Werte, die sich bei keiner anderen Partei finden lassen. Wähler*innen der SPD wiederum scheinen in ihren Schwerpunktsetzungen zwischen Grünen und Union/FDP positioniert zu sein. Sie teilen einerseits mit Grünen-Wähler*innen den Fokus auf Rechtsextremismus (82 %), soziale Ungleichheit (78 %), den Klimawandel (78 %) und Infrastruktur (76 %). Und auch bei Ihnen erscheinen Migration und Asyl mit 75 Prozent als relevantes Konfliktfeld, gehören aber nicht zu den fünf wichtigsten Konfliktthemen. Gleichzeitig betonen jedoch Anhänger*innen der SPD mit 81 bzw. 78 Prozent innere Sicherheit und Meinungsfreiheit ähnlich stark wie Unions- und FDP-Wähler*innen.

Vor allem sozialpolitische Konflikte sind für die Wählerschaft des BSW interessant: Soziale Ungleichheit (76 %), Zugang zur Gesundheitsversorgung (76 %), Infrastruktur (76 %) sowie Unterschiede zwischen Armen und Reichen (75 %) stellen vier der fünf wichtigsten Themen für BSW-Wähler*innen dar. Lediglich innere Sicherheit erscheint hier mit 80 Prozent noch relevanter, was zwar den höchsten Wert unter den Wähler*innen des BSW darstellt, aber niedriger ausfällt als bei Anhänger*innen von SPD, Union, AfD oder FDP. Auch beim Thema Migration und Asyl (75 %) ähnelt die Wählerschaft des BSW eher jener von Grünen und SPD.

Die Gruppe der Nichtwähler*innen zeichnet sich nicht unbedingt durch abweichende Schwerpunktsetzungen im Vergleich zu den verschiedenen Wählergruppen aus. Meinungsfreiheit (64 %), Migration und Asyl (60 %), innere Sicherheit (57 %), Zustand der Infrastruktur (55 %) und der Zugang zur Gesundheitsversorgung (54 %) bilden auch hier die wichtigsten Konfliktthemen - vielmehr ist auffällig, dass in dieser Gruppe generell ein geringeres Interesse an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Konfliktthemen zu bestehen scheint. Nichtwähler*innen mögen sich durch die Konflikte und Debatten auch weniger vertreten sehen, weniger Interesse an ihnen haben, oder beides. So scheinen Nichtwähler*innen auch weniger Vertrauen in die Konfliktfähigkeit der Gesellschaft und Politik zu haben. In dieser Gruppe stimmen nur 42 Prozent der Befragten (47 % "teils/teils", 10 % lehnen

die Aussage ab) der Aussage zu, dass Konflikte zu einer funktionierenden Demokratie dazugehören. Dies sind über 20 Prozentpunkte weniger Zustimmung als bei Befragten, die angaben, eine Partei bei der Bundestagswahl wählen zu wollen.

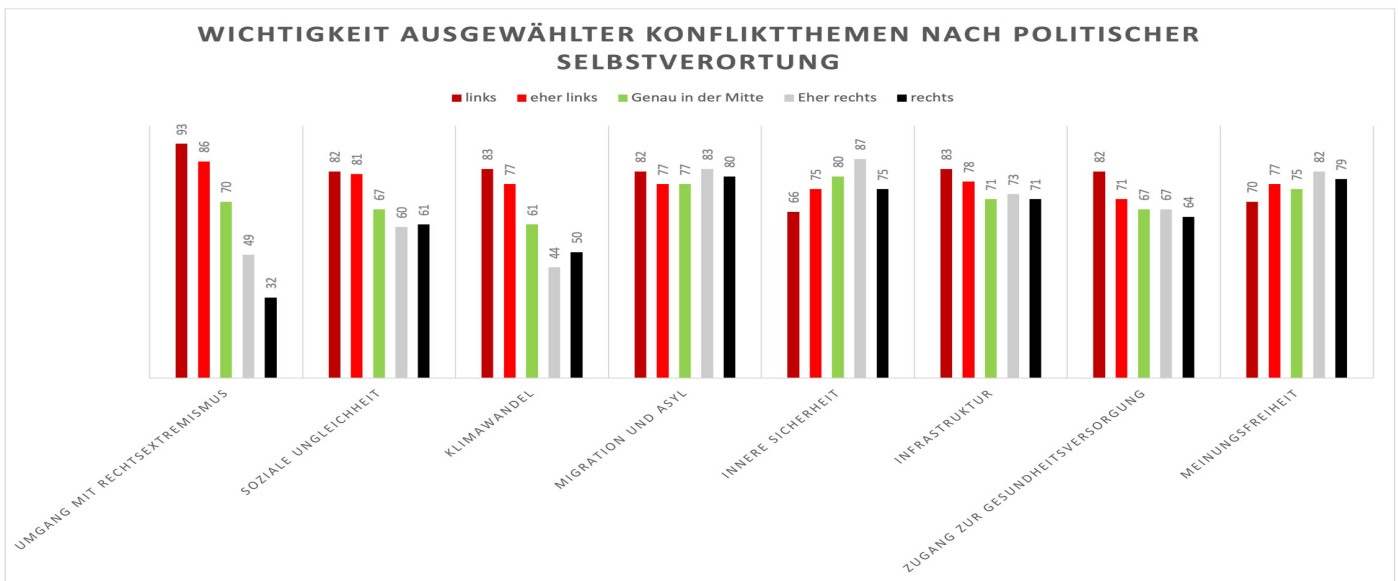
Neben der parteipolitischen Verortung fragt der Konfliktmonitor auch, wo die Befragten ihre politische Position auf einer Rechts-Links-Skala selbst verorten. Die Auswahloptionen waren hierbei "Links", "Eher links", "Genau in der Mitte", "Eher rechts", "Rechts" und "Weder noch". Die Analysen zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen Konfliktwahrnehmung und politischer Selbstverortung.



Befragte, die sich selbst politisch "links" verorten, geben im Vergleich die höchsten Werte bezüglich der Wichtigkeit von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über zentrale Fragen des Zusammenlebens an. Das mag auf eine höhere Konflikt- bzw. Diskussions- und Auseinandersetzungsbereitschaft verweisen. So erreichen der Umgang mit Rechtsextremismus (93 %), Infrastruktur (83 %), der Klimawandel (83 %), soziale Ungleichheit (82 %), der Zugang zur Gesundheitsversorgung (82 %) und Migration und Asyl (82 %) Werte von über 80 Prozent. Lediglich bei den Themen innere Sicherheit (66 %) und Meinungsfreiheit (70 %) weisen "links" orientierte Befragte deutlich niedrigere Werte auf als andere Befragte. Doch auch Themen wie Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (66 %) oder Diskriminierung von Minderheiten (77 %) scheinen für sich politisch als links verortende Befragte wichtig.

Wenig verwunderlich beurteilen Befragte, die sich selbst als "rechts" verorten, andere Konfliktthemen

CONFLICTA



als wichtiger. Hier werden Migration (83 %), Meinungsfreiheit (82 %), innere Sicherheit (75 %), Infrastruktur (71 %) und der Zugang zur Gesundheitsversorgung (67 %) als wichtigste Themen angegeben. Zudem wünschen sich 64 Prozent eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Thema Linksextremismus. Damit ähneln sie Befragten, die sich als "eher rechts" verorten, wobei bei letztgenannter Gruppe das Interesse an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und -aushandlungsprozessen noch einmal höher scheint (siehe Grafik). Befragte, die sich als "eher links" positionieren betonen die Bedeutung der Auseinandersetzungen um Rechtsextremismus (86 %) (32 % "rechts"; 49 % "eher rechts"), soziale Ungleichheit (81 %), Infrastruktur (78 %), Meinungsfreiheit (77 %) und den Unterschieden zwischen Armen und Reichen (77 %). Migration und Asyl (77 %), Klimawandel (77 %) und innere Sicherheit (75 %) folgen knapp dahinter. In der "Mitte", in der sich ca. 40 Prozent der Befragten selbst verorten, liegen die Schwerpunkte auf innerer Sicherheit (80 %), Migration und Asyl (77 %), Meinungsfreiheit (75 %), Infrastruktur (71 %) und dem Umgang mit Rechtsextremismus (70 %). Der Zugang zur Gesundheitsversorgung (67 %) und soziale Ungleichheit (67 %) sind weitere relevante Themen für diese Gruppe.

Jüngere und Ältere unterscheiden sich deutlich in ihrer Sicht auf Konfliktthemen

Die Konfliktwahrnehmung scheint von einem Ge-

nerationunterschied geprägt zu sein. Stellt man etwa exemplarisch die Gruppe der jüngsten Befragten (18 bis 24 Jahre) der Altersgruppe der 55 bis 64-Jährigen gegenüber, lassen sich deutliche Unterschiede in der zugeschriebenen Wichtigkeit von Konfliktthemen finden. Die 55- bis 64-Jährigen haben einerseits ein allgemein höheres Interesse an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über grundsätzliche gesellschaftliche Konfliktthemen. Unter die fünf wichtigsten Konfliktfelder fallen aus ihrer Sicht die drei Felder innere Sicherheit, Migration und Meinungsfreiheit mit jeweils mindestens 80 Prozent. Demgegenüber stehen Höchstwerte von um die 68 Prozent bei den jüngsten Befragten. Für die 18- bis 24-Jährigen sind außerdem andere Themen relevant. Zwar wünschen sie sich auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen um den Zugang zum Gesundheitssystem und die Meinungsfreiheit, doch im Gegensatz zu den älteren Befragten beschäftigen sie der Klimawandel, die Diskriminierung von Minderheiten und der Umgang mit Rechtsextremismus am stärksten.

Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen bewegen unterschiedliche Konflikte

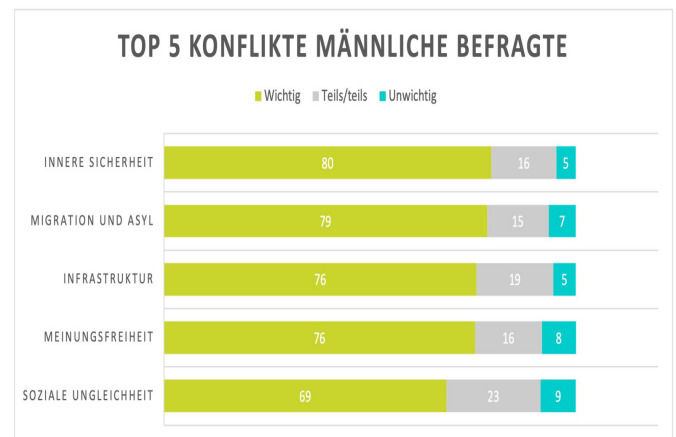
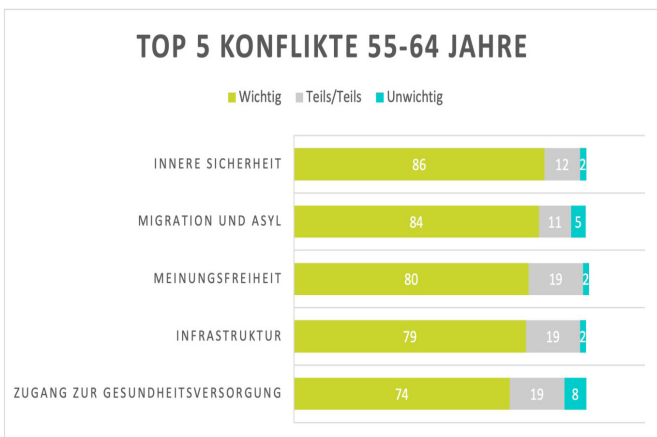
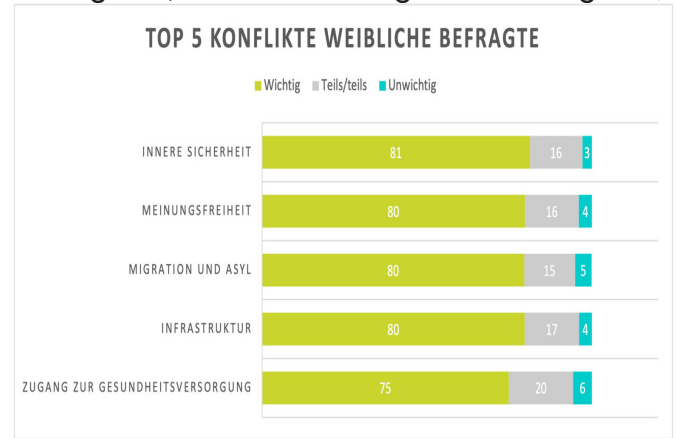
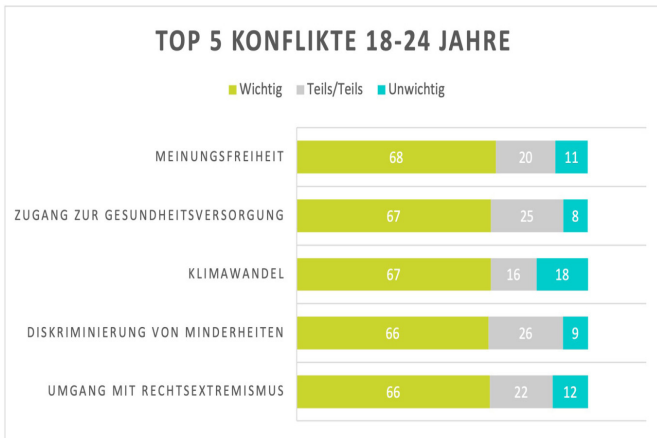
Die befragten Frauen geben im Vergleich zu den männlichen Befragten über fast alle Themen hinweg an, dass sie Auseinandersetzungen um Konflikte als wichtiger erachten. Lediglich bei den Themenfeldern Umgang mit Linksextremismus (52 % Frauen;

CONFLICTA

58 % Männer) und Digitalisierung (55 % Frauen; 62 % Männer) gaben männliche Befragte häufiger an, dass sie gesellschaftliche Auseinandersetzungen um diese Themen für bedeutsam halten. Dabei zeigt sich auch, dass die Themen des ungleichen Zugangs zur Gesundheitsversorgung (72 % Frauen; 64 % Männer), Diskriminierung von Minderheiten (61 % Frauen; 49 % Männer) sowie Unterschiede zwischen den Geschlechtern (43 % Frauen; 32 % Männer) weiblichen Befragten wichtiger zu sein scheinen. Weniger ausgeprägte Unterschiede finden sich hinsichtlich der jeweils wichtigsten Konfliktthemen. Dies sind innere Sicherheit, Migration, Meinungsfreiheit, Infrastruktur, Zugang zur Gesundheitsversorgung bzw. soziale Ungleichheit (siehe Grafiken).

Befragte mit Migrationshintergrund - hier Personen, die selbst im Ausland geboren sind bzw. mindestens einen im Ausland geborenen Elternanteil angaben - weisen hinsichtlich der wichtigsten Konfliktfelder keine übermäßigen Unterschiede zu Befragten ohne Migrationshintergrund auf. Beide Gruppen betonen - wenn auch in jeweils et-

was unterschiedlicher Intensität - die Bedeutung von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Fragen von Migration und Asyl, innere Sicherheit, Meinungsfreiheit, Infrastruktur, Rechtsextremismus und soziale Ungleichheit. Auch hinsichtlich der Fragen des Zugangs zur Gesundheitsversorgung (66 % mit Migrationshintergrund; 69 % ohne Migrationshintergrund), Unterschiede zwischen Armen und Reichen (jeweils 65 %) und dem Klimawandel (62 % mit Migrationshintergrund; 60 % ohne Migrationshintergrund) sind die Unterschiede gering. Differenzen zeigen sich jedoch mit Blick auf den Nahost-Konflikt (63 % mit Migrationshintergrund; 54 % ohne Migrationshintergrund), Waffenlieferungen an die Ukraine (56 % mit Migrationshintergrund; 61 % ohne Migrationshintergrund) und das Verhältnis von Jungen und Alten im Land (35 % mit Migrationshintergrund; 44 % ohne Migrationshintergrund). Im Vergleich dazu lassen sich mit Blick auf Konflikte um Antisemitismus in der Gesellschaft - ein zuletzt rege diskutiertes Thema - recht ähnliche Werte feststellen (53 % mit Migrationshintergrund; 55 % ohne Migrationshintergrund).

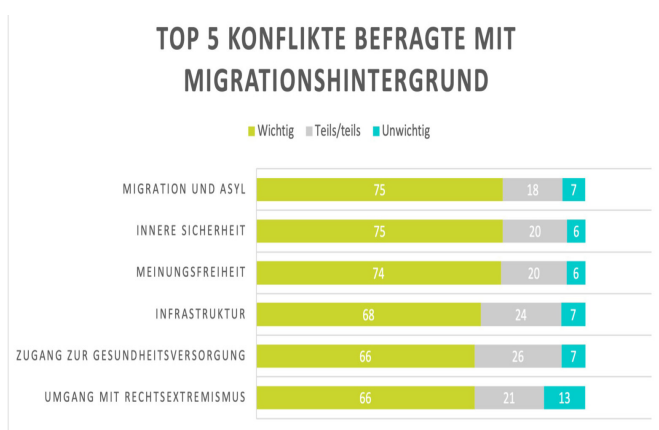
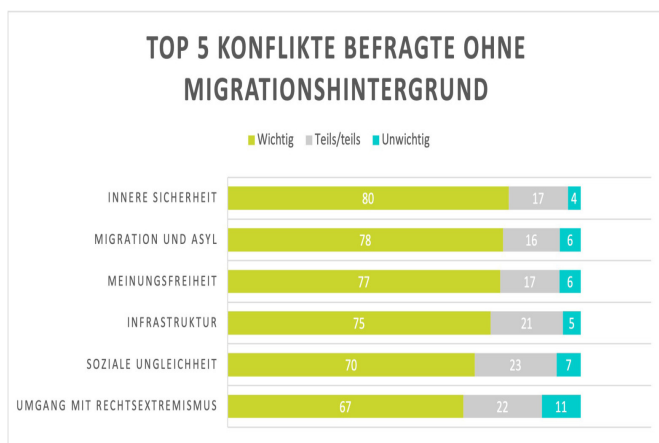


CONFLICTA

Viele Konflikte, doch wer ist verantwortlich?

Der Konfliktmonitor fragt nach den möglichen Ursachen für gesellschaftliche Konflikte aus Sicht der Befragten. Dazu wurde ihnen ein Katalog von Antwortmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, aus denen sie auswählen konnten.³ Die Hauptursachen für Konflikte sehen Befragte auf der Ebene von Politik und Verwaltung. Die schlechte Zusammenarbeit der Ampel-Koalition (70 %), Inkompetenz von Parteien und Politiker*innen (68 %) sowie auch Überregulierung und Bürokratie (67 %) stellen demnach drei der wichtigsten Konfliktursachen dar. Aber auch ökonomische Schwierigkeiten im Sinne eines ausbleibenden Wirtschaftswachstums (67 %) und sozio-kulturelle Faktoren wie Egoismus

und fehlende gesellschaftliche Solidarität (67 %) sowie fehlender gesellschaftlicher Zusammenhalt (65 %) werden betont. Migration und Zuwanderung werden mit 61 % nicht als eine der zehn wichtigsten Konfliktursachen wahrgenommen, wohl aber ein Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen und Religionen (63 %). Gleichzeitig sehen jedoch auch 62 Prozent der Befragten einen Zusammenhang von Intoleranz und Menschenfeindlichkeit mit einer Zunahme gesellschaftlicher Konflikte. Außenpolitische Aspekte, wie globale Krisen, die sich auf Deutschland auswirken, werden von 64 Prozent der Befragten angegeben. Auch hier wird deutlich, dass die Befragten keinen einseitigen oder monothematischen Problemannahmen und Erklärungsmodellen folgen, sondern eine Vielzahl gesellschaftlicher, politischer und globaler Entwicklungen als Ursachen sozialer Konflikte in den Blick nehmen. Dies ist verbunden mit einer klaren Verortung der Konflikte bei Politik, Parteien und Verwaltung.



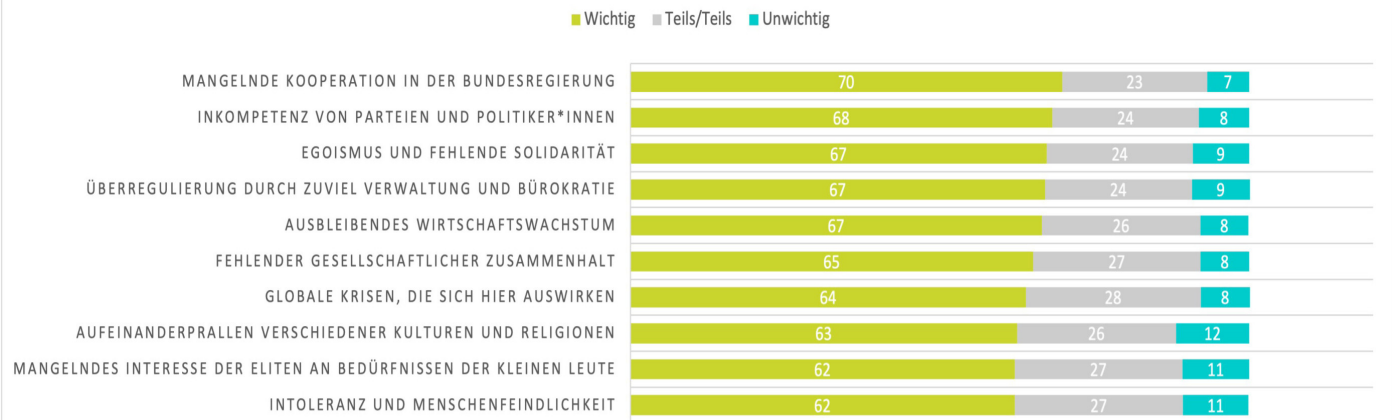
Hält die Demokratie in konfliktären Krisenzeiten?

Dass die Demokratie und ihre Institutionen im Wahlkampf und auch später im Rahmen von Koalitionsverhandlungen aktuell besonders herausgefordert sind, wird an den Einschätzungen der Befragten zum Zustand der Demokratie deutlich. So gab nur etwas weniger als ein Viertel (22 %) der Studienteilnehmer*innen an, dass sie die Demokratie als eher bzw. sehr stabil wahrnehmen (28 % "weder noch"; 50 % "eher instabil" bzw. "sehr instabil"). Ähnliche Tendenzen lassen sich in Fragen zur Gefährdung der Demokratie und zum aktuellen Zustand der Demokratie in Deutschland feststellen. Jede*r zweite Befragte (51 %) findet, die Demokratie sei in erheblichem Maße gefährdet. Lediglich 19 Prozent nehmen keine Gefährdung der Demokratie wahr und 31 Prozent meinen "teils/teils". Fast ein Drittel (29 %) stimmt der Aussage zu, dass die Demokratie in Deutschland am Ende sei.

³ Die vollständige Liste lautet: Ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft, Mangel an klaren Leitbildern für Werte und Ordnung, Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen und Religionen, Egoismus und fehlende Solidarität, Inkompetenz von Parteien und Politikern, Fehlende Aufstiegschancen, Einfluss digitaler Medien und Social Media, Populismus und Extremismus, Ausbleibendes Wirtschaftswachstum, Globale Krisen, die sich hier auswirken, Mangelndes Interesse der Eliten an den Bedürfnissen der kleinen Leute, Fehlender Zusammenhalt aller, Mangelnde Kooperation in der Regierung, Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, Strukturprobleme vor Ort (Verkehr, Infrastruktur etc.), Unterschiedliche Interessen von Jungen und Alten, Einflüsse durch andere Regierungen und Länder, Überregulierung durch zu viel Verwaltung und Bürokratie, einseitige Medienberichterstattung.

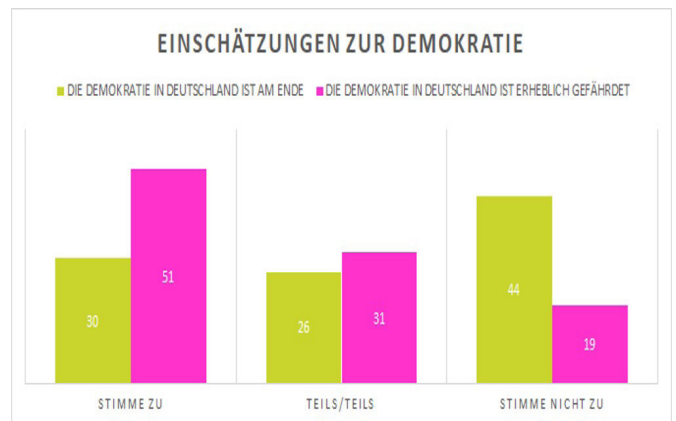
CONFLICTA

TOP 10 KONFLIKTURSACHEN



Konflikte annehmen oder weiter nur ausgewählte Konfliktthemen aufblasen und polarisieren?

Der Konfliktmonitor zeigt sehr deutlich, dass Menschen in Deutschland sich mehr Auseinandersetzungen um viele zentrale Konfliktthemen wünschen und dies vor dem Hintergrund eines eher pessimistischen Blicks auf die derzeitigen Konflikte in der Demokratie. Sie wünschen keine einseitigen Schwerpunktsetzungen, wenn es um die Frage geht, welche Themen wichtig sind und wober es mehr Auseinandersetzungen geben sollte. Vielmehr bewegen sie je nach ihrer politischen Positionierung und sozialen Herkunft eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Konfliktthemen, deren Bearbeitung sie sich durch die Politik erwarten. Die Engführung der politischen Debatte auf die Themen Migration, Asyl und innere Sicherheit spiegelt nicht die Einschätzung der befragten Bürger*innen wider, wenngleich diese Themen auch aus



ihrer Sicht eine hohe Relevanz haben und gesellschaftlich diskutiert werden sollten. Ähnlich wichtig sind ihnen jedoch Themen des Zugangs zu Infrastruktur, der sozialen Ungleichheit, der Gesundheitsversorgung, der Bedrohung durch den Rechtsextremismus, des Klimawandels und der Rolle Deutschlands im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Will Politik die Bürger*innen erreichen, sollte sie sich bei aller in der politischen Auseinandersetzung üblichen und notwendigen Profilierung nicht auf einzelne Themen beschränken oder gar einen monothematischen Wahlkampf führen, wie es derzeit beim Thema Migration und Asyl zu beobachten ist. Trotz aller Differenzen verlangt das Demokratiemodell der Bundesrepublik Konsensbereitschaft bei der Setzung und Bearbeitung von Konfliktthemen. Dabei gerät oft aus dem Blick, dass sich je nach politischer Positionierung, Generationen- oder Geschlechtszugehörigkeit oder auch Migrationsgeschichte die wahrgenommene Bedeutsamkeit von Konflikt-

STABILITÄT DER DEMOKRATIE



CONFLICTA

themen unterscheiden mag. Die Vertreter*innen der verschiedenen demokratischen Parteien, die für sich beanspruchen, Konflikte konstruktiv zu lösen, könnten und sollten die Vielfalt der Sorgen und Nöte, aber auch die Heterogenität der (Konflikt-) Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen. Tun sie dies nicht, laufen sie Gefahr, an den Interessen der Bürger*innen vorbei zu handeln und damit das Vertrauen in die Konfliktlösungsfähigkeit der deutschen Gesellschaft und Politik noch weiter zu beschädigen.

CONFLICTA

Box 1: Methodik

Der Bericht basiert auf Daten einer Online-Befragung (Online-Access-Panel) von 2.900 volljährigen Deutschen. Die Erhebung fand vom 21. November bis 12. Dezember 2024 statt. Die Studie wurde durchgeführt von der ConflictA – Konfliktakademie der Universität Bielefeld in Kooperation mit dem SOKO Institut für Sozialforschung & Kommunikation. Zur Annäherung an die Repräsentativität wurden die Analysen gewichtet. Die Umfrage basiert sowohl auf offenen Fragen, bei denen die Befragten ihre Antwort schriftlich hinterlassen konnten (z.B. „Welches ist Ihrer Meinung nach aktuell der wichtigste gesellschaftliche Konflikt in Deutschland?“), als auch auf üblichen geschlossenen Formaten mit festen Antwortoptionen für alle Befragten, bei denen Aussagen vorgegeben wurden und die Befragten anhand von Skalen den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung abstimmen konnten (z.B. „Konflikte sind in einer demokratischen Gesellschaft etwas völlig Normales und gehören zu einer funktionierenden Gesellschaft dazu“ – „stimme überhaupt nicht zu, stimme eher nicht zu, teils/teils, stimme eher zu, stimme voll und ganz zu“). Die Teilnahme erfolgte freiwillig und anonym. Der Konfliktmonitor ist so angelegt, dass die Befragung wiederholt und zu einer Langzeitbeobachtung ausgebaut wird. Weitere vertiefende Analysen der Daten folgen.

Box 2: Stichprobenbeschreibung

An der Befragung haben mehr Männer (57,2 %) als Frauen teilgenommen. Das Durchschnittsalter der Befragten lag bei 51,7 Jahren (Standardabweichung = 17,00). Rund ein Fünftel der Stichprobe war unter 35 Jahre alt (20,7 %), mehr als ein Viertel über 65 Jahre alt (27,9 %). Die Mehrheit der Befragten hatte eine Fachhochschul- oder Hochschulreife (53,2 %), etwa ein Viertel einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss (26,4 %). Knapp 10 % verfügten über einen Volks- und Hauptschulabschluss (9,6 %) oder keinen Abschluss (0,3 %). 55,1% der befragten Personen hatten ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 €. 10,6 % der Teilnehmenden hatten einen Migrationshintergrund, entweder weil sie selbst zugewandert waren oder weil mindestens ein Elternteil eine Zuwanderungsgeschichte hatte. Durch eine Gewichtung werden die Daten der Verteilung der Merkmale Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Migrationshintergrund in der erwachsenen deutschen Wohnbevölkerung angenähert.

CONFLICTA

Impressum

Herausgeber

ConflictA im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Kontakt: <https://conflict-a.de/kontakt/>

Die Reihe „ConflictA Spotlights“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:

<https://www.conflict-a.de>

Zitiervorschlag:

Andreas Zick, Dirk Lampe, Anna Christina Nowak und Jonas Rees (2025). Mehr streiten? Über was? Konfliktwahrnehmungen und Meinungen zur Demokratie in Deutschland. Vorabergebnisse aus dem Konfliktmonitor für Deutschland. Bielefeld: ConflictA.